

31
77
**Union in
Deutschland**

Bonn, den 8. September 1977

Helmut Kohl: Terror gefährdet inneren Frieden

Wochen

Das ist die Schreckensbilanz des Terrorismus innerhalb von fünf ~~Monaten~~

- Ermordung des Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank, Jürgen Ponto,
- ein nur in letzter Sekunde verhinderter Anschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe,
- Ermordung der Polizeibeamten Reinhold Braendle, Roland Pieler und Helmut Ulmer und des Fahrers Heinz-Peter Marcisz bei der
- Entführung des Vorsitzenden der Arbeitgeberverbände, Hanns Martin Schleyer.

Vor dieser Entwicklung hat die CDU seit langem gewarnt. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien SPD/FDP hielten es für richtig, uns deshalb der Panikmache zu bezichtigen.

Wir haben konkrete Vorschläge zur Sicherung des inneren Friedens vorgelegt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in den letzten Jahren wiederholt Verstärkung der Strafgesetze zu einer wirksamen Bekämpfung des Terrorismus vorgeschlagen. Von CDU/CSU eingebrachten Gesetzentwürfen haben SPD und FDP jedoch stets die Zustimmung verweigert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat diese notwendigen Gesetzentwürfe im April dieses Jahres wiederum im Bundestag eingebracht.

Weiter auf Seite 2

Wir fordern:

■ Erhöhung der Mindeststrafen und der Höchststrafen bei Straftaten der Gewaltkriminalität:

So soll z. B. bei erpresserischem Menschenraub und bei Geiselnahme die Höchststrafe von 15 auf 20 Jahre heraufgesetzt werden.

■ Die Bestimmungen, die dazu geführt haben, daß ein Straftäter nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Strafe nahezu automatisch auf Bewährung entlassen wird, sind zu verschärfen:

Nach den geltenden Gesetzen kann ein Terrorist, der z. B. zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden ist, damit rechnen, daß er bei unauffälligem Verhalten im Strafvollzug bereits nach vier Jahren wieder entlassen wird. Der Spekulation von Gewaltverbrechern, daß die verhängte Strafe nicht voll verbüßt zu werden braucht, muß ein Riegel vorgeschoben werden.

■ Die gesetzlichen Möglichkeiten für eine Anordnung der Sicherungsverwahrung für Terroristen sind zu erweitern:

Wir stehen vor der Tatsache, daß die Terroristen der ersten Stunde entweder schon aus den Gefängnissen entlassen sind oder ihre Entlassung bevorsteht. Erfahrungsgemäß tauchen sie sofort wieder im Untergrund unter und entfalten neue Aktivitäten. Dieser Kreislauf muß gestoppt werden. Terroristen gehören so lange in Sicherungsverwahrung wie sie eine Bedrohung für die Sicherheit der Bürger sind.

■ Es ist eine gesetzliche Möglichkeit für die Überwachung von Gesprächen zwischen Verteidiger und inhaftiertem Beschuldigten bei Verdacht der Begehung neuer Straftaten zu schaffen:

Die inhaftierten Terroristen haben mit Hilfe einiger ihrer Anwälte aus ihren Haftzellen heraus terroristische Aktivitäten vorbereitet und gesteuert. Diese Anwälte haben mit der Tradition des Anwaltsberufs nichts mehr gemein. Ihr Ziel ist der gewaltsame Umsturz in der Bundesrepublik Deutschland.

Es kann nicht länger geduldet werden, daß unter den Augen unserer staatlichen Institutionen von diesen Terroristenanwälten und ihren Mandanten in aller Ruhe und ungehindert Straftaten vorbereitet werden.

■ Die Strafprozeßordnung ist so zu ändern, daß Strafverfahren schneller durchgeführt werden können.

Zu einer wirksamen Abschreckung gehört es, daß die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt, d. h. so bald wie möglich. Liegen zwischen Tat und Aburteilung mehrere Jahre, so entsteht der Eindruck, als reagiere der Staat nicht energisch genug auf Gewaltkriminalität. So waren im Fall Lorenz — Entführung im Februar 1975 — die Ermittlungen im Januar 1976 zwar so gut wie abgeschlossen. Mit dem Prozeßbeginn ist im Frühjahr 1978 — drei Jahre nach der Tat — zu rechnen.

■ Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes:

Die gewalttätigen Ausschreitungen bei Demonstrationen haben z. T. bürgerkriegsähnliche Formen angenommen. Die Täter können jedoch oft nicht bestraft werden, weil wegen der großen Menschenansammlungen bei Demonstrationen nicht festgestellt werden kann, wer die einzelnen Gewaltakte begangen hat. Es muß daher die gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden, daß auch diejenigen bestraft werden können, die an einer gewalttätigen Demonstration teilnehmen, ohne selbst

gewalttätig zu werden. Denn allein durch ihr Dabeisein gewähren diese Demonstranten den gewalttätigen Teilnehmern Schutz vor Entdeckung. Wir haben vorgeschlagen, unser Demonstrationsstrafrecht so zu ändern, daß die Aburteilung der Teilnehmer an gewalttätigen Demonstrationen so schnell geht, wie es uns unsere französischen Nachbarn aus Anlaß des Angriffs auf die Reaktorbaustelle bei Lyon kürzlich vorgemacht haben.

■ Keine Zwangsernährung mehr:

Der Staat darf sich durch Hungerstreiks der Terroristen nicht länger erpressen lassen. Wir werden daher eine entsprechende Gesetzesänderung beantragen.

Diese Gesetzesänderungen müssen ergänzt werden durch

- Verbesserung der Fahndungsmöglichkeiten
- Zerstörung der Organisation der Terroristen und
- intensivere internationale Zusammenarbeit.

Die Serie der terroristischen Morde, die den inneren Frieden der Bundesrepublik zutiefst gefährden, wäre unmöglich gewesen, wenn nicht in den letzten Jahren durch Verharmlosung und intellektuellen Zuspruch die anarchistischen Gewalttäter Unterstützung gefunden hätten. Die CDU ist sich bewußt, daß die geistige und politische Bekämpfung des Terrorismus Mut erfordert, sie ist aber entscheidende Voraussetzung, um den Terrorismus endgültig zu zerschlagen.

Die pseudowissenschaftliche Verbrämung anarchistischer Kampfpapieren und ihre verhängnisvolle Förderung durch manche Repräsentanten des kulturellen und politischen Lebens haben in der Bundesrepublik ein Klima entstehen lassen, in dem die Terroristen zunächst interessierte Toleranz und dann in immer stärkerem Maße aktive Unterstützung durch zahlreiche Sympathisanten fanden. Dies führte dazu, daß der harte Kern der terroristischen Szene nicht ab-, sondern zunahm und heute von den Sicherheitsbehörden auf über 1000 Personen geschätzt wird. Darin ist die erheblich höhere Anzahl der Sympathisanten nicht enthalten.

Angesichts der jetzt entstandenen Situation wiegt es besonders schwer, daß die Bundesregierung und die Koalitionsparteien die Vorschläge der CDU/CSU zur Verbesserung der inneren Sicherheit nicht nur abgelehnt, sondern darüber hinaus jahrelang die Union wegen ihrer klaren Position der Panikmache und des Geschäfts mit der Angst bezichtigt haben. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sagte nach dem Mord an Jürgen Ponto in einem Interview mit der „Westfälischen Rundschau“ am 4. August 1977: „Nach solchen abscheulichen Taten haben Scharfmacher immer ihre Stunden und ihre Kunden.“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU als Partei werden in dieser kritischen Situation unseres Staates mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln innerhalb und außerhalb des Parlaments für die Verteidigung unseres demokratischen Rechtsstaates eintreten. Wir werden nicht dulden, daß unser Staat, den wir unter so großen Opfern und Schwierigkeiten gemeinsam aufgebaut haben, von Anarchismus und Gewalttaten beherrscht wird.

Vor wenigen Tagen schrieb der Sohn eines Opfers des Terrorismus als Reaktion auf eine Zeitungsveröffentlichung in einem Brief: „Man möchte im Zorn fragen, warum überhaupt noch nach den Mördern meines Vaters gesucht wird, wo doch die Argumente für ihre Entlastung schon bereitliegen. Ich frage mich manches Mal, wie lange die Bundesrepublik noch ein wohnlicher Ort ist. Dieser Gedanke erschreckt mich, weil ich meine Heimat sehr liebe, wie dies mein Vater sein Leben lang getan hat.“

■ INFORMATION

Für die Rückkehr zu preußischen Tugenden

An die Tugenden Preußens hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Windelen, beim „Tag der Heimat“ in Hildesheim erinnert. Windelen forderte, daß mit dem preußischen Staat nicht auch dessen Tugenden untergehen dürften. Manchem werde jetzt erst bewußt, daß der Bundesrepublik „ein guter Schuß jenes Preußentums, jener Staatsgesinnung“ fehle, um die die ganze Welt die Deutschen einst bewundert und beneidet habe. Die zunehmende Unzufriedenheit der Bürger mit Politikern und Parteien habe auch darin ihre Ursache. Windelen begrüßte den Vorschlag für eine Preußen-Ausstellung in Berlin. Zum Erbe Preußens gehören nach seinen Worten „das uneigennützigste, freiwillige Dienen zum Wohle des Ganzen, zum Wohl von Volk und Vaterland“ genauso wie „die Unbestechlichkeit, die Pflichterfüllung, Bescheidenheit, die Sparsamkeit im privaten wie im öffentlichen Haushalt, der Respekt vor Recht und Gesetz, die Zivilcourage, die Toleranz, die Freiheit des Geistes“.

Polizeibeamte freimachen für Sicherheitsaufgaben

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Ingeborg Hoffmann (Hoya) hat in einem Schreiben an den Innenminister des Landes Niedersachsen darauf hingewiesen, daß nach ihrer Auffassung im Polizeibereich Kurierfahrten, Wagenpflege, Reparaturarbeiten und Verwaltungstätigkeiten von Angestellten ausgeübt werden könnten. Dadurch wür-



Mitgliederwerbung leicht gemacht

Mit Hilfe des bekannten sympathischen CDU-Mädchens, das die Linken aus ihrer roten Ecke holte, startet die CDU eine neue Mitgliederwerbeaktion.

Näheres finden Sie im Deutschen Monatsblatt, September-Ausgabe.

den ausgebildete Polizeibeamte von diesen Tätigkeiten entlastet und stünden direkt für Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit zur Verfügung.

CDU auf Erfolgskurs

Die hessische CDU hat im Laufe der letzten 12 Monate den „stärksten Mitgliederboom der Nachkriegszeit“ zu verzeichnen gehabt. Wie der Landesgeschäftsführer der hessischen CDU, Manfred Kanther, mitteilte, traten in diesem Zeitraum insgesamt 7 500 neue Mitglieder in die Landespartei ein. Dies sei eine Rekordzuwachsrate. Damit habe die Hessen-Union jetzt 65 000 Mitglieder.

■ PARTEI-PRÄSIDIUM

Offensiv-Programm einhmütig gebilligt

Das Präsidium der Christlich Demokratischen Union Deutschlands unterstützt einmütig die Absicht des Parteivorsitzenden Helmut Kohl, durch eine betont offensive Politik in den nächsten Monaten die Fehler und Versäumnisse der Regierungskoalition offenzulegen und zu den wichtigen innenpolitischen Sachproblemen konkrete Lösungsvorschläge einzubringen.

Auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause billigte das CDU-Präsidium in Bonn dieses Konzept und behandelte die Arbeitsplanung bis zum Ende dieses Jahres. Im Mittelpunkt der Aktivitäten der CDU stehen bis Ende 1977 das Grundsatzforum vom 22. bis 24. September in Berlin sowie die Kongresse „Energie und Umwelt“ vom 10. bis 11. Oktober in Hannover und „Zukunftschancen der Jugend“ vom 21. bis 22. Oktober in Hamburg.

Helmut Kohl erklärte vor dem Parteipräsidium, daß die Union die Probleme in das Zentrum ihrer Arbeit stellen werde, die der Bevölkerung auf den Nägeln brennen. Er zählte dazu die Bereiche Innere Sicherheit, Energiepolitik und Arbeitslosigkeit. Kohl kündigte an, daß die Union auf dem Gebiet der Bekämpfung des Terrorismus weiter entscheiden darauf dränge, das Demonstrationsstrafrecht zu verschärfen, das Strafmaß für Delikte der Gewaltkrimina-

lität anzuheben sowie Strafverfahren zu beschleunigen und die Gespräche zwischen Verteidigern und verhafteten Mandanten dann zu überwachen, wenn der Verdacht auf Mißbrauch bestehe. Er kündigte Anträge der Union zum Problem der Zwangsernährung an und setzte sich auf dem Gebiet der Terroristenbekämpfung für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ein.

Auf dem Sektor der Energiepolitik erklärte der Parteivorsitzende, daß die Union, unter Berücksichtigung aller Sicherheitsbedürfnisse, ein klares Ja zur Kernenergie ablege. Die Union sei die Partei, die hier den eindeutigen Weg der wirtschaftlichen Vernunft beschreite. Von der Kernenergie hänge die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik Deutschland entscheidend ab. Bundeskanzler Schmidt werde hier klar Farbe bekennen müssen.

Zum Thema wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitslosigkeit äußerte Kohl die Befürchtung, daß bei einem Ausbleiben wirksamer Entscheidungen eine sehr prekäre Situation in nächster Zukunft eintreten werde. Er warf der Regierungskoalition vor, in unverantwortlicher Weise Entscheidungen auszuweichen und durch ihren Zickzackkurs in der Steuerpolitik Spekulationen Tür und Tor zu öffnen und so das notwendige Vertrauen von Bevölkerung und Wirtschaft vollends zu verspielen.

Kohl erläuterte in diesem Zusammenhang die Absicht der CDU/CSU, im Parlament als Sofortmaßnahme die Senkung der Einkommensteuer, Lohnsteuer und Körperschaftsteuer nach den Vorschriften des Stabilitätsgesetzes ab 1. Oktober 1977 für ein Jahr um 10 Prozent zu beantragen (**siehe auch Seite 12 „Zur Sache“**). Hiermit solle ein Signal für einen Klimawechsel und für die Wiedergewinnung des Vertrauens gesetzt werden. Dieser Steuerabschlag als ein erster Schritt müsse nach einem Jahr in eine dauerhafte Steuersenkung einmünden. Das Parteipräsidium sprach sich dafür aus, das Steuerrecht in mehreren Schritten wieder arbeits- und investitionsfreundlich zu machen, damit sich Arbeit und Investitionen wieder lohnten.

Zusammenfassend sagte der CDU-Vorsitzende, daß mit dem Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit in Bonn die entscheidende Phase dieser Legislaturperiode begonnen hat. In der SPD/FDP-Koalition hätten die Sachspannungen und die Führungslosigkeit erheblich zugenommen. Nur der Wille zur Macht halte die zerstrittene SPD-Führung Brandt/Schmidt/Wehner noch beisammen.

Die FDP müsse auf ihrem Parteitag im November sich darüber schlüssig werden, ob sie die Dinge weiter treiben lassen wolle, was nur eine Verbindung auf Gedeih und Verderb mit der SPD bedeuten könne. Mit den Koalitionsparteien werde sich die Union auch in Zukunft scharf kämpferisch und kritisch auseinandersetzen. Es gelte sowohl den sozialistischen Kurs innerhalb der SPD anzuprangern als auch die FDP über die Sachfragen auf den Feldern liberaler Politik zu stellen.

Zum Tode von Peter Altmeier

Zum Tode von Peter Altmeier, der im Alter von 78 Jahren in Koblenz verstorben ist, erklärte Helmut Kohl u. a.: „Peter Altmeier ist einer der Väter der Christlich Demokratischen Union. Aus der christlich-sozialen Bewegung und der Deutschen Zentrumsparlei kommend, war er schon in jungen Jahren politisch tätig. In der Zeit von 1933 bis 1945 war er als aufrechter Demokrat, als guter Patriot und Christ den Verfolgungen des Nationalsozialismus ausgesetzt. Als Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag und als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz von 1946 bis 1949 war er der eigentliche Baumeister dieses Bundeslandes. Er war der Mitgründer der CDU von Rheinland-Pfalz und ihr 1. Vorsitzender in den Jahren von 1946 bis 1966. Peter Altmeier hat sich große Verdienste um unser Vaterland und um die Christlich Demokratische Union Deutschlands erworben.“

Hilfsprogramm für Berlin

Die CDU/CSU will die soziale und politische Stabilität Berlins durch umfangreiche wirtschaftliche Maßnahmen stärken, erklärte Helmut Kohl nach der Fraktionssitzung im Reichstag. Als erste Partei hat die CDU/CSU Vorschläge für ein Berlin-Hilfsprogramm ausgearbeitet. Es enthält Vorschläge zur Wirtschaftsförderung, Industrieansiedlung, Wohnungsbaufinanzierung und Energiepolitik.

Helmut Kohl erläuterte in der ersten Fraktionssitzung nach der Sommerpause seine angekündigte politische Herbstoffensive. Die Fraktion beschloß einen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Zwangsernährung und billigte ferner eine Große Anfrage zur Energiepolitik, die im Oktober Grundlage einer Bundestagsdebatte sein soll.

■ DER „HÄSSLICHE DEUTSCHE“

Das Ergebnis einer böswilligen Verleumdung

Ein Blick in die Veröffentlichungen des Auslandes zeigt, daß die antideutsche Welle Wogen schlägt. Als Gründe nimmt man die Flucht des früheren SS-Obersturmbannführers Kappler, den sogenannten DM-Imperialismus und unter anderem auch den Hitler-Film an, von dem gesagt wird, er solle eine profaschistische Tendenz haben. Alle drei Ereignisse sind nach Ansicht von MdB Olaf von Wrangel unterschiedlich zu werten.

Kappler — dies muß festgehalten werden —, hat genauso ein Recht auf Gnade in einem Rechtsstaat wie jeder andere auch. Daß die Deutschen ihre spezifischen, manchmal sicherlich aufdringlichen Eigenschaften besitzen und sich hier und da gern mit ihrem Wohlstand brüsten, ist gewiß für das Image unseres Landes nicht immer gut. Doch wo eigentlich gibt es Völker, denen nicht ebenfalls negative Eigenschaften anhaften oder denen man sie gern andichtet?

Und schließlich der Film von Joachim Fest, der übrigens selber im Dritten Reich Verfolgungen ausgesetzt war, ist der Versuch einer historisch korrekten Darstellung, die dem Phänomen Hitler nachgeht. Joachim Fest ist der letzte, der die Absicht hat, Hitler zu glorifizieren.

Diese Ereignisse sind der oberflächliche Anlaß, sie können nicht die Ursache sein. Die Ursache liegt woanders

und, wie immer bei solchen Emotionen, in mancherlei begründet. Müssen wir dann nicht fragen, ob nicht wieder einmal Linksfaschisten, Kommunisten und andere Randgruppen ihren Beitrag leisten, um möglicherweise Gegenreaktionen von der Rechten zu provozieren? Zu lange wurde jeder, der in der Bundesrepublik Deutschland für Recht und Ordnung eintrat, leichtfertig als Faschist oder faschistoid bezeichnet. Dieser fahrlässige Umgang mit dem Faschismusbegriff hat mit dazu beigetragen, Politiker demokratischer Parteien zu denunzieren und damit auch gegenüber dem Ausland abzuwerten.

Wenn der freiheitliche Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland Extremisten — also Gegnern der Freiheit — den Weg in den öffentlichen Dienst versperrt, schallt es im Chor der Linken, dies sei ein Berufsverbot. Wir sind der Meinung, daß wir gerade aufgrund der deutschen Vergangenheit und der traurigen deutschen Gegenwart — gemeint ist natürlich hier die DDR — allen Grund haben, Verfassungsfeinde aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten.

Und wie steht es z. B. mit dem Begriff Autorität? Wer Autorität der legitimierten Demokratie verlangt, wird als autoritär gesinnt verketzert. Man braucht nur das Vokabular der Linken zu buchstabieren, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß die extreme Linke stets ein Weggenosse der extremen Rechten gewesen ist.

■ UMWELTSCHUTZ

Die vergessene Vorsorge

Das Umweltproblem ist keine vorübergehende Krise, sondern eine Schicksalsfrage nicht nur für das deutsche Volk, sondern für die gesamte Menschheit geworden, stellt MdB Ludwig Gerstein zum jetzt veröffentlichten Umweltbericht der Bundesregierung fest. Die Problemstellung wird dadurch gekennzeichnet, daß wir auf der einen Seite wirtschaftliches Wachstum brauchen, während andererseits die Umwelt aber bereits heute mit Abfallstoffen aus dem bisherigen Wachstum überlastet ist.

Um so mehr ist es zu bedauern, daß im Umweltprogramm der Bundesregierung jegliche langfristigen Strategien des Umweltschutzes fehlen. Schon das Umweltprogramm von 1971 ließ langfristige Zukunftsperspektiven vermissen, es begnügte sich mehr mit einer Bestandsaufnahme.

Die Fortschreibung des Umweltprogramms begnügt sich in zäher Fleißarbeit mit der Aufzählung weiterer Verfahrens- und Produktnormen, Gebote, Verbote und Einzelanordnungen. Der Umweltbericht '76 kann nicht als umfassendes Konzept zur Lösung der anstehenden Umweltprobleme betrachtet werden, sondern kann nur als ein auf Einzelprobleme gerichtetes Aktionsprogramm bezeichnet werden. Offensichtlich fehlt der Bundesregierung jegliche Konzeption darüber, wie dem Grundproblem der Belastung unserer Umwelt

als Folge wirtschaftlicher Aktivitäten auf lange Sicht beizukommen ist.

Die Bundesregierung sucht zur Lösung der Umweltprobleme ihr Heil allein in einem immer dichterem Netz bürokratischer Regelungen, die sie blind macht gegenüber den Gefahren der schleichenden Aushöhlung der Sozialen Marktwirtschaft. Dies wird zu einer immer gefährlicher werdenden Verwaltung des Mangels führen.

Nach meiner Auffassung ist es dagegen dringend nötig, eine ordnungspolitisch saubere, in die Soziale Marktwirtschaft eingebettete, konsequente und zukunftsweisende Strategie für den Umweltschutz zu entwickeln. Der notwendige Anpassungsprozeß muß kontinuierlich mit marktwirtschaftlichen Mitteln in Richtung auf knapper werdende, d. h. teurer werdende Umwelt und Energie erfolgen. Erhebliche Investitionen sind erforderlich. Der Anreiz und die Möglichkeit zu diesen Investitionen wird nur bei ausreichender Sicherheit und Wirtschaftlichkeit unserer Zukunftsentwicklung gegeben sein.

Um schwerwiegende Störungen unseres wirtschaftlichen und sozialen Gefüges zu vermeiden, muß die Regierung Daten setzen, die langfristig Gültigkeit haben. Die Nutzung der Umwelt muß in Zukunft ihren Preis von Anfang an und nicht erst nach der Beschädigung der Umwelt haben.

Daraus folgt, daß die Bundesregierung für klare gesetzgeberische Linien sorgen muß, die eine Anwendung überschaubar, eindeutig und praktikabel machen. Bestehende Gesetze müssen auf diese Anforderung hin überprüft werden. Umweltvorsorge ist durch umfassende raumordnerische Maßnahmen zu treffen.

■ KOALITION

Das geistige Umfeld des Terrorismus

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die Mitunterzeichner der sogenannten Buback-Demonstration erklärte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) u. a. im ZDF-Zeitmagazin: „... es gibt eindeutig eine Passage in diesem Buback-Nachruf, die verfassungswidrig ist, da wo gesagt wird, kein Einzelgang, aber Mord im Zusammenhang mit Volkszorn und Klassenhaß, das würde gebilligt. ... Hier will ich, daß die betroffenen Professoren sich eindeutig davon distanzieren. Tun sie das nicht, dann fliegen sie raus! Und dann werden die Gerichte zu entscheiden haben, ob wir recht hatten zu sagen, daß bei solchen Leuten die Gewähr nicht geboten ist, daß sie jederzeit aktiv für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten.“

Zum gleichen Thema wurde der Berliner Wissenschaftssenator Glotz (SPD) gefragt, was er denn nun konkret gegen die Mitunterzeichner des Buback-Pamphlets unternehmen werde. Glotz erklärte, er habe bei der Berliner Staatsanwaltschaft angefragt, ob strafrechtliche Tatbestände vorlägen. Bislang habe er keine offizielle Antwort erhalten und könne daher auch kein Disziplinarverfahren einleiten. Im übrigen sei er skeptisch gegenüber Disziplinarmaßnahmen.

Verfassungsfeinde im Bildungssektor

Der Parlamentarische Geschäftsführer der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Manfred Kanther, hat laut Frankfurter

Rundschau Ministerpräsident Börner aufgefordert, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Entfernung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst strikt zu befolgen. Das höchste deutsche Gericht habe in seinem grundlegenden Urteil die Unvereinbarkeit eines öffentlichen Amtes mit der Mitgliedschaft in einer extremistischen Partei jedenfalls für solche Fälle ausgesprochen, wo über die bloße Mitgliedschaft hinaus noch weitere aktive Tätigkeiten für die Ziele der verfassungswidrigen Gruppen festzustellen seien.

Kanther hält es für erforderlich, die Wahlvorschlagslisten aller radikalen Parteien auf Mitarbeiter im öffentlichen Dienst hin zu überprüfen und diese Personen gegebenenfalls disziplinarisch zur Rechenschaft zu ziehen. Der CDU-Abgeordnete nannte es erschreckend, daß allein unter den knapp 70 Namen einer CDU-Stichprobe, die ohne ausgewähltes Material erstellt worden sei, 20 Lehrer, 12 Erzieher und 17 Sozialarbeiter zu finden seien. Das deute auf einen „konzentrischen Angriff der Kommunisten im Sektor Bildung und Jugend“ hin.

Golo Mann kritisiert die Bundesregierung

Der Historiker Golo Mann übte in einem Zeitungsinterview beachtliche Kritik an der Haltung der Bundesregierung gegenüber der „planmäßigen Hetzkampagne“, die zur Zeit im Ausland gegen die Bundesrepublik Deutschland betrieben werde. „Diese Hetze wird von denen organisiert, die die Bundesrepublik moralisch isolieren wollen — von Leuten, die daran interessiert sind, daß zum Beispiel Deutsche und Franzosen keine Freunde bleiben“, erklärte Mann. Es handele sich um „Kommunisten und ihre Sympathisanten“. Die Bundesregie-

rung wirke in dieser Lage „hilflos, hilflos auch gegenüber der überaus dreisten, frechen Propaganda terroristischer Anwälte wie Croissant, die mich an Goebbels erinnern“. Der Historiker riet der Bundesregierung, im Ausland eine „Gegenoffensive“ zu starten. Als „überflüssig“ bezeichnete er den Brief Willy Brandts mit der Warnung vor dem Rechtsradikalismus. Gefahr drohe von der Ultra-Linken und den Terroristen, betonte Mann. „Im Augenblick sehe ich keine Gefahr von rechts. Aber wenn der Staat weiter schwach und hilflos wirkt, werden die Bürger reagieren und nach dem starken Mann rufen ...“

Arbeitslosigkeit durch SPD-Mißwirtschaft

Hohe Arbeitsplatzverluste wird die jahrelange Mißwirtschaft der SPD in Duisburg nach Auffassung des CDU-Abgeordneten Ferdi Breidbach bringen. Insbesondere die Bauwirtschaft ist davon betroffen. Wegen der hohen Verschuldung wird die Stadt Duisburg gezwungen sein, geplante Investitionen aufzuschieben oder darauf zu verzichten. Die unverantwortliche Ausgabenpolitik der Stadt Duisburg bewirkt — siehe UdD 30/77 — das Gegenteil dessen, was die SPD/FDP-Bundesregierung und Bundeskanzler Schmidt mit ihren sogenannten Konjunkturankurbelungs-Maßnahmen im investiven Bereich beabsichtigen.

Katastrophale Auswirkungen auf das akademische Niveau

Mehrere deutsche Hochschulen kränken an den Auswirkungen der politischen Indoktrination durch linke Kräfte und an Konflikten, die an die Nazizeit vor rund 40 Jahren erinnern. Dies geht aus einem Gutachten hervor, das von

ausländischen Wissenschaftlern für den gegenwärtig in Toronto tagenden internationalen Rat der „Konferenz über die Zukunft der Universität“ erstellt wurde. Laut dieser Studie haben die Bemühungen der Studentenschaft, mehr Einfluß auf den Hochschulbetrieb zu gewinnen, in der Bundesrepublik katastrophale Auswirkungen auf das akademische Niveau und auf die Universitäten gehabt.

Judos verurteilen Konjunkturpolitik der Regierung

Die Deutschen Jungdemokraten (DJD) haben die bisherige Konjunkturpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung scharf kritisiert. Der stellvertretende DJD-Vorsitzende Hans-Hermann Störck verwies auf die hohen Arbeitslosenzahlen und sagte, die Bundesregierung sitze auf einer „Galerie der Fehlprognosen“. Angesichts dieser brisanten und beklemmenden Situation sei es unverantwortlich, „wenn Mitglieder der Bundesregierung im kleinkarierten Ressortdenken spezifische Vorschläge veröffentlichen, ohne den Nachweis einer wirtschaftspolitischen Gesamtbetrachtung zu führen“.

Krankenversicherungs-Beitrag der Rentner schon 1978?

Das weitere Anwachsen der Defizite in der Rentenversicherung hat dazu geführt, daß innerhalb der FDP darüber nachgedacht wird, schon 1978 einen allgemeinen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner einzuführen. Dies geht aus einem Interview des sozialpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion, Schmidt (Kempten), mit der „Westfälischen Rundschau“ hervor.

■ BILDUNGSPOLITIK

Stufenlehrer gefährden pädagogische Qualität

Das jetzt als Broschüre vorliegende Wortprotokoll über die im Juni im Konrad-Adenauer-Haus veranstaltete Anhörung über die Zukunftschancen der jungen Generation erläuterte die stellvertretende Vorsitzende der CDU, die rheinland-pfälzische Kultusministerin Hanna Laurien vor der Bonner Presse. Gleichzeitig warnte sie vor bildungspolitischen Alleingängen SPD-regierter Länder. Sie kündigte an, die CDU werde mit „voller Breitseite“ in die Auseinandersetzungen um die Einführung des Stufenlehrers in Nordrhein-Westfalen eintreten.

In Nordrhein-Westfalen bringt die Einführung des Stufenlehrers eine Gefährdung der Einheitlichkeit, eine Systemveränderung statt Pädagogik, eine Gleichheitsideologie statt Orientierung am Schüler.

Ab 1. September werden, auf der Grundlage des Lehrerausbildungsgesetzes von 1974, Gesamtseminare eingeführt. Schulformen existieren in diesem Gesetz nicht mehr. Jedes Lehramt befähigt zum Unterricht auf einer Stufe, wer in einer weiteren unterrichten will, muß ein neues Staatsexamen ablegen.

Damit wird pädagogische Kontinuität aufgelöst. Schullaufbahn — das heißt viermal Schulwechsel, viermal neue Lehrer, viermal andere Mitschüler. Zur Rechtfertigung wird vor Fälschung

nicht zurückgeschreckt: Die Behauptung der Minister Rau und Girgensohn, die Kultusminister der Bundesländer hätten sich geeinigt, Schulwesen und Lehrerbildung nach Schulstufen auszurichten, ist von Kultusminister Scherer mit dem Hinweis auf den Bildungsgesamtplan und das Sondervotum der CDU/CSU-regierten Länder widerlegt worden.

Hauptschüler wie Gymnasiasten haben Anspruch auf Lehrer, die ihre Fähigkeiten fördern können. Der in sechs Semestern für drei Schularten oder Züge ausgebildete Lehrer soll nach einer im Entwurf vorliegenden Ausbildungsordnung für die Sekundarstufe I elf Monate an einer Hauptschule, sieben Monate an Realschule oder Gymnasium, für die Sekundarstufe II elf Monate an einer Berufsschule, sieben Monate an einem Gymnasium ausgebildet werden. Er kennt u. U. die Schulart gar nicht, zu der er kommt, die Ausbildung für das Gymnasium wird zum Schnellkurs.

Jahrzehntelange pädagogische Erfahrungen werden zerschlagen durch eine Stufenschule, für die es bisher keine Erprobung, keine pädagogische Didaktik gibt. Die Behauptung, die Koopschule bringe die bisherigen Schularten als vollgültige Profile ein, wird als Etikettenschwindel entlarvt. Das gegliederte Schulwesen soll zerschlagen, der Bruch mit der pädagogischen Geschichte Deutschlands, der Bruch mit den anderen Ländern vollzogen werden.

Zur Sache:

10 Prozent weniger Steuern

Die Union fordert, die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer für ein Jahr um 10 Prozent zu senken.

Bereits ab 1. Oktober 1977

Dies ist ein erster Schritt, die hohe Steuerbelastung für Arbeitnehmer und Wirtschaft abzubauen. Wir brauchen jetzt den Klimawechsel. Wir brauchen jetzt neues Vertrauen.

Arbeitnehmer, die mehr Geld in der Lohntüte behalten, können mehr ausgeben. Betriebe, die weniger Steuern bezahlen müssen, können billiger produzieren. So kommt die Wirtschaft wieder in Schwung. Das ist notwendig. Denn: die Zahl der Arbeitslosen nimmt ständig zu. Im Winter werden es weit mehr als eine Million sein. Deshalb ist die schnelle Beseitigung der Arbeitslosigkeit wichtiger als letzte Steuerfeinarbeit. Was tut die Bundesregierung? Sie läßt Konjunkturrezepte prüfen, berät und debattiert mit der SPD/FDP. Mehr nicht. Von solchen Sandkastenspielchen hat der Bürger endlich genug. Abwarten ist Gift für die Wirtschaft, sagt Bundesbankpräsident Emminger.

Helmut Kohl und die CDU/CSU haben die Initiative ergriffen.

Den Steuerzahler entlasten, die Arbeitslosigkeit bekämpfen — das ist die Politik der Union.



■ BUNDESPARTEI

Anmeldung für Kongreß „Energie und Umwelt“

Die CDU veranstaltet am 10./11. Oktober 1977 in Hannover einen offenen Fachkongreß, auf dem die Probleme der Energiepolitik unter besonderer Berücksichtigung der Umweltbelastung diskutiert werden sollen. Die inhaltliche Vorbereitung obliegt dem Bundesfachausschuß „Energie und Umwelt“ der CDU. Die Ergebnisse des Kongresses sollen als Grundlage für ein Programm der CDU zur Energie- und Umweltpolitik dienen, dessen Verabschiedung noch für dieses Jahr vorgesehen ist.

Auf dem Kongreß geht es um eine zentrale Frage der Sicherung unserer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zukunft. In Arbeitskreisen werden Themen wie Energiebedarf und -deckung unter Berücksichtigung ökologischer Grenzen, der Komplex einer rationalen und sparsamen Energieverwendung sowie Themen, die mit diesen

Schwerpunkten (z. B. Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerinitiativen) zusammenhängen, behandelt.

Namhafte Wissenschaftler und Praktiker werden das Pro und Kontra dieser Themenkomplexe diskutieren. Eine wichtige Rolle wird die Auseinandersetzung mit der Kernenergie spielen.

Der Parteivorsitzende Helmut Kohl wird die Diskussion des Kongresses mit dem politischen Grundsatzreferat „Die Sicherung unserer Zukunft — Soziale Marktwirtschaft — Energie — Umwelt“ einleiten.

Anmeldungen für diesen Kongreß erbiten wir auf untenstehender Rückmeldekarte bis spätestens 23. September 1977 an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation. Ein detailliertes Programm und die Zimmerreservierungskarte werden Ihnen nach erfolgter Anmeldung zugesandt. Der Anmeldeschluß für die Zimmerreservierung ist der 1. Oktober 1977.

Ich möchte am CDU-Kongreß „Energie und Umwelt“ am 10./11. Oktober 1977 in der Stadthalle Hannover teilnehmen.

Meine Anschrift lautet:

(Name) _____

(Straße) _____

(Ort) _____

(Bitte in Blockbuchstaben schreiben, da sonst Zusendung von Programm und Reservierungskarte nicht möglich!)

Bitte absenden bis 23. September 1977 an:
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Organisation
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Ideen — Taten — Aktionen

Mit Ende der Ferienzeit verstärken die Verbände ihre politische Arbeit. Neue Aktivitäten und Aktionen bekommen Gestalt. Hier einige Beispiele über die Arbeit der Verbände, die Ihnen als Anregung dienen können.

Künstler bei der CDU

Die neue Kreisgeschäftsstelle in Siegburg stellt Künstlern ihre Räume zur Verfügung. Sie können dort ausstellen und mit Interessenten Gespräche führen.

CDU-Kreisverband Rhein-Sieg-Kreis, Wilhelmstraße 107, 5200 Siegburg

JU hilft einen Arbeitsplatz zu finden

Eine Aktion der JU in Kiel-Holtenau hilft den Jugendlichen bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Sie konnte viele zusätzliche Lehrstellen und Arbeitsplätze aufspüren.

JU Kiel-Holtenau, Mehringweg 61, 2300 Kiel-Holtenau

Sportfest für Behinderte

„Dabeisein und mitmachen“ war das Motto des Spiel- und Sportfestes für Behinderte in Mönchengladbach. Auf dem Programm standen: 100-m-Lauf, Weitsprung, Rollschuhlaufen, Cattcar-Wettbewerb, Hockeyspiel usw.

JU Mönchengladbach, Regentenweg 11, 4050 Mönchengladbach

CDU-Ausstellungsstand in Tübingen

10 Tage dauerte die Ausstellung „Tübingen 1977“, an dem sich der CDU-

Kreisverband beteiligte. Neben vielen Gesprächen am Stand gab es bemerkenswerte Erfolge in der Mitgliederwerbung.

CDU-Kreisverband Tübingen, Wilhelmstraße 16, 7400 Tübingen

Wendlingen: CDU-Rallye

Eine originelle und erfolgreiche Rallye mit Denkspielen und Silbenrätseln führte die CDU Wendlingen durch. Die Preisverteilung fand im Rahmen eines Sommerfestes statt.

CDU Wendlingen, Albstraße 21, 7317 Wendlingen

Förderung der Vereine

Im Rahmen eines Sportforums hat die CDU Simmern die Sportvereine über Steuerfragen informiert. Eine Diskussion über das Sportförderungsgesetz rundete das Thema ab.

CDU Simmern, Postfach 4 30, 6540 Simmern

Kontakt zu den Aussiedlern

Eine Gruppe von Frauen des CDU-Ortsverbandes Roxel (KV Münster) bietet den Aussiedlern Hilfe und Kontakt. Eine Telefonnummer als „Notrufsäule“, in einem Schreiben an die Aussiedler mitgeteilt, soll die Verbindung herstellen. CDU-Kreisverband Münster, Rothenburg Nr. 53/54, 4400 Münster

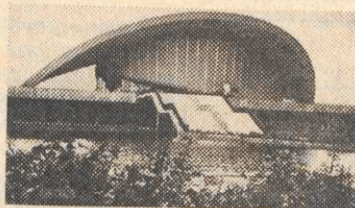
Mängel-Fragebogen

Die CDU Windeck hilft, „wo der Schuh drückt“. Ein Fragebogen mit Antwortkarte sucht nach Kritik und Anregungen

Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit

CDU Grundsatzforum Berlin

Die Diskussion über das Grundsatzprogramm wird auf drei Ebenen der Partei geführt. Darüber hinaus können auch Sachverständige aus verschiedenen Bereichen die Arbeit der CDU anregen, auf dem Grundsatzforum Berlin zu Wort.



Diskussion auf breiter Basis

CDU
sicher
sozial
und frei

Mit dem Grundsatzprogramm schafft die CDU die Grundlage für ihre Politik in den Jahren 1981 bis 1986. Die Basis und Politik, Solidarität, Gerechtigkeit.



CDU-Wandzeitung zum Grundsatzforum in Berlin:

Preis 6,— DM pro 25 Exemplare

Mindestabnahme 25 Exemplare

Best.-Nr.: 7779

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen ausschließlich an das

IS-Versandzentrum

Postfach 66 66

4830 Güterslohn 1

Telex 9 33 753 iserv d

der Bürger. Die Mängel sollen behoben werden.

CDU-Ortsverband, 5227 Windeck

Nachhilfestunden

Mitglieder der JU Bonn geben Schülern kostenlose Nachhilfestunden.

JU Bonn, Annaberger Straße 283, 5300 Bonn-Bad Godesberg

Treff '77 für Neumitglieder

Ein geladen waren alle, die in 1976/77 zur CDU kamen. Teilgenommen haben auch zahlreiche bekannte Mandatsträ-

ger der CDU. Vermerk auf der Einladung: „Reden werden kaum gehalten; wir wollen miteinander reden.“

CDU Dortmund, Prinz-Friedrich-Karl-Straße 48, 4600 Dortmund

Die Verbände werden geben, Informationen über ihre Aktivitäten uns zuzusenden:

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Ideen — Taten — Aktionen
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 DX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Pressestimmen zum Schleyer-Attentat

Ob die Stammheimer Gefängnisprominenz um Baader und Ensslin schon von dem Kölner Attentatsversuch wußte, als sie scheinbar kleinlaut vom Hungerstreik abließ? Zu vermuten ist es. Die Lage wird immer unerträglicher, wenn nicht endlich Täter gefaßt werden. Politikerworte bei Trauerfeiern sind nicht mehr gefragt!

Rheinische Post, 6. September 1977

Dieser Staat scheint außerstande zu sein, Recht, Gesetz und Sicherheit gegenüber einer Terroristenbande von wenigen hundert Tätern und Helfershelfern durchzusetzen. Er ist seit langem gewarnt. Aber er hat die Gesetze gegen den Terror nicht einmal voll angewendet. Das Schlimmste ist die Gefahr ständiger Wiederholung von Terror und Erpressung, um diesen Staat in seiner Hilflosigkeit nicht nur lächerlich zu machen, sondern auch dessen Bürger un-

ter einen psychischen Terror von Angst und ständiger Verunsicherung zu setzen. Ein Zustand geistiger Wehrlosigkeit soll geschaffen werden, das Bewußtsein, in einem Rechtsstaat zu leben, unterlaufen werden.

**Frankfurter Neue Presse,
6. September 1977**

Zunächst hat der Terror die Oberhand. Das Schlachtfeld, das er in Köln hinterließ, war das eines Bürgerkrieges. Die friedliche Welt, in der wir zu leben glaubten, gibt es nicht mehr.

**Westdeutsche Allgemeine Zeitung,
6. September 1977**

Diejenigen, die ihre „klamm-heimliche Freude“ über Terroristen-Morde äußern, sind ebenso zu verachten wie die Gewalttäter selbst. Sie sind es ja, die das geistige und materielle Umfeld für kaltblütige Kriminalität dieser Art schaffen.

Neue Rhein-Zeitung, 6. September 1977

Was sich gestern abspielte, war eine Kriegserklärung an Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik.

Ruhr-Nachrichten, 6. September 1977

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heintz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00. **Postscheckkonto Köln, Nr. 221431-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD